



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

„Strohalm-Verbot löst Marine Litter-Problem nicht“ IK fordert Ursachenbekämpfung statt Symbolpolitik

Bad Homburg, 28. Mai 2018 – Die IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e. V. lehnt die heute von der EU Kommission vorgeschlagenen Verbote von ausgewählten Kunststoffprodukten ab. „Mit ihrer weitreichenden Plastics Strategy hat die EU Kommission Anfang des Jahres sämtliche Akteure der Wertschöpfungskette im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufführung in die Pflicht genommen und die Messlatte dabei hoch gelegt“, so IK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Bruder. „Mit dem Verbot einzelner Produkte wird dieser ganzheitliche Ansatz, den auch unsere Industrie überzeugt mitträgt, über Bord geworfen. Statt echter nachhaltiger Sammel- und Verwertungslösungen, statt Ressourceneffizienz und statt Aufklärung der Verbraucher über nachhaltigen Konsum und umweltgerechten Umgang mit unvermeidbarem Abfall wird jetzt eine unnötige Symbolpolitik betrieben.“

Produktverbote schaffen kein grundsätzliches Verständnis

Wenn es darum geht, das Bewusstsein der Menschen für einen schonenden Umgang mit Ressourcen aller Art zu schärfen und ihr Verhalten langfristig zu verändern, sind Verbote kaum der richtige Weg. Sie schaffen kein wirkliches Verständnis für nachhaltigen Konsum und umweltbewusstes Verhalten. „Eigentlich geht es doch um die Frage, wie wir leben und konsumieren wollen“, so Dr. Bruder. „Wenn es zu einem weit verbreiteten Trend geworden ist, unterwegs zu essen und zu trinken, gilt es nachhaltige Lösungen dafür zu stärken – ohne von vornherein bestimmte Materialien zu diskriminieren. Schließlich können derartige Verbote auch zu einem Ausweichen auf Materialien führen, die am Ende sogar ökologisch nachteiliger sind.“ Ökobilanzielle oder auch funktions- bzw. verwendungsspezifische Aspekte zum Beispiel bei der Bewertung von Einweggeschirr bleiben bei pauschalen Produktverboten gänzlich unberücksichtigt. Nur ein Beispiel: Einweggeschirr auf Großveranstaltungen. Hier leisten Plastikteller- oder Bestecke in Sachen Funktionalität, Sicherheit und Hygiene einen deutlichen Mehrwert und werden im Anschluss gesammelt und verwertet. Warum sollte man diese Anwendungen verbieten? Die IK erwartet von Aufklärung und auch Kennzeichnung der Produkte zur umweltgerechten Entsorgung eine

Presse-Kontakt:

Mara Hancker

IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

Bundesverband für
Kunststoffverpackungen und Folien

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg v. d. H.

Tel. (061 72) 9266-66

m.hancker@
kunststoffverpackungen.de



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

nachhaltigere Wirkung – so wie es im Gesetzentwurf für eine Reihe von Produkten – vom Getränkebecher über Fast-Food-Verpackungen bis hin zu Hygieneartikeln vorgesehen ist. „Das Verbot einzelner Produkte ist aus unserer Sicht völlig unverhältnismäßig. Der Gesetzgeber sollte sich vielmehr um die Rahmenbedingungen der Kreislaufführung kümmern und letztendlich das Littering generell stärker sanktionieren“, so Dr. Bruder.

Zielführender: EU-Unterstützung für Schwellenländer und EU-weites Deponieverbot von Kunststoffabfällen

Ca. 80 % des weltweiten Plastikmülls in den Meeren wird von Ländern aus Asien eingetragen, ca. 0,02 % kommt aus Deutschland und ca. 1 % aus Europa.

„Selbstverständlich ist jede Tonne zu viel“, so Dr. Bruder. „Die EU sollte aber vor allem diejenigen Schwellenländer beim Aufbau von nachhaltigen Abfallwirtschaftsstrukturen unterstützen, die erheblich zum globalen Problem beitragen.“

Aber auch innerhalb der EU sollte sich nach Auffassung der IK die EU-Kommission besser mit der konsequenten Umsetzung bestehender Abfallgesetze in allen EU-Mitgliedsstaaten und mit einem EU-weiten Deponieverbot von Kunststoffabfällen befassen. Kunststoffe sind viel zu wertvoll für die Deponierung. Und die Erfahrungen zeigen, dass EU-Mitgliedsstaaten, die ein Deponieverbot erlassen haben, auch die besten Ergebnisse beim Kunststoffrecycling aufweisen. „Im Deponieverbot liegt für uns unter Umweltschutzaspekten das viel höhere Potenzial. Aus Sicht der IK wäre es zielführender, die politische Energie in das Schließen der Kreisläufe und die Aufklärung der Bürger zu investieren statt in Verbote“, fasst Dr. Bruder die IK-Position zusammen.

Single use – Ein irreführender Begriff im Entwurf der EU-Direktive

Wir halten „Single use plastics“, vor allem auch in der deutschen Übersetzung, für einen irreführenden Begriff für eine Vielzahl von Anwendungen. Dabei wird nicht selten der Eindruck erweckt, dass es sich bei Einwegprodukten generell um zu vermeidende „Wegwerf-Produkte“ handelt. Die Einmalverwendung ist jedoch häufig das sinnvolle Ergebnis einer besonderen Anforderung an die Eigenschaften und Hygiene eines Produktes, die oft nur Kunststoffanwendungen erfüllen können. Man denke an Blutbeutel, Einmallasen oder Verpackungen für Frischfleisch.

Presse-Kontakt:

Mara Hancker

IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.
Bundesverband für
Kunststoffverpackungen und Folien

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg v. d. H.

Tel. (061 72) 9266-66

m.hancker@
kunststoffverpackungen.de



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

Die IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e. V. vertritt als Branchenverband die Interessen der Hersteller von Kunststoffverpackungen und Folien in Deutschland und Europa. Die mittelständisch geprägte Branche hat über 90.000 Beschäftigte und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 14 Mrd. Euro. Kunststoffverpackungen haben aktuell einen Anteil von 44 Prozent am deutschen Verpackungsmarkt.

Die IK ist der größte Trägerverband des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) und engagiert sich damit auch für die Belange der gesamten Kunststoff verarbeitenden Industrie.

Presse-Kontakt:

Mara Hancker

IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e.V.

Bundesverband für
Kunststoffverpackungen und Folien

Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg v. d. H.

Tel. (0 61 72) 92 66-66

m.hancker@
kunststoffverpackungen.de